

Beweissicherung in der baurechtlichen Praxis

Sturmberg

2024

ISBN 978-3-406-81222-4

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Georg Sturmberg

Die Beweissicherung in der baurechtlichen Praxis



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Beweissicherung in der baurechtlichen Praxis

Selbständiges Beweisverfahren, Privatgutachten und
Schiedsgutachten

Herausgegeben von

Georg Sturmberg

Rechtsanwalt in Köln

beck-shop.de
2024
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag:
Sturmberg, Beweissicherung baurechtliche Praxis, Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG
beck.de

ISBN 978 3 406 81222 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza
Satz: 3w+p GmbH, Rimpar
Umschlag: Ralph Zimmermann - Bureau Parapluie



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die vorliegende Neuerscheinung im Beck-Verlag hat ihren Ursprung in „Der Beweis im Zivilprozess – Selbständiges Beweisverfahren und Beweisaufnahme“ im Werner Verlag von 1998. Die sog. Rechtspflegevereinfachung von 1991 hatte das selbständige Beweisverfahren zu einem Instrument baurechtlicher Interessenwahrnehmung gemacht, das sich nun abhob von den Gefälligkeitsgutachten, die bis dahin in dieser Verfahrensart möglich waren. Der Antragsteller konnte fortan nicht mehr bestimmen, wer als gerichtlicher Sachverständiger mit der Erstattung eines Gutachtens beauftragt werden würde. Damit war der entscheidende Schritt zur Neutralität des Sachverständigen und hin zu einer objektiven Begutachtung getan. Nur das war und ist auch die Rechtfertigung für eine geradezu „gefährliche“ Bestimmung in der ZPO, nämlich des § 493 Abs. 1 ZPO, wonach das Gutachten im selbständigen Beweisverfahren demjenigen vor dem Prozessgericht gleichsteht. Daraus leitete Prof. Friedrich Quack (VII. Zivilsenat des BGH) einst die Losung ab, dass „verlorene Gutachten verlorene Prozesse“ bedeuteten. Ganz so apodiktisch ist es sicher nicht, aber die selbständige Beweissicherung, also die von einem Baubeteiligten autonom initiierte Form der Aufklärung technischer Sachverhalte, hat für die forensische Praxis eine außerordentliche Bedeutung gewonnen. Es ist zum „kleinen Prozess“ geworden, was der BGH mit wichtigen Entscheidungen u. a. zur Streitverkündung, jüngst zur einheitlichen Verjährungshemmung begleitet und gefördert hat. Die Rechtsprechung des KG, der Oberlandesgerichte und vieler Gerichte der Eingangsinstanzen ist uferlos. Das Buch versucht, Ordnung in die reichhaltige Kasuistik zu bringen und will damit zum Begleiter solcher Verfahren werden. Die Beteiligten sollen sich in ihren Rollen wiederfinden, die so unterschiedlich sind wie ihre Interessenlagen. Es soll den neutralen Beteiligten, Richtern wie Sachverständigen, von der Bedeutung der Verfahrensart für diese Form der Beweissicherung vermitteln, bei der sie von Gesetzes wegen mitwirken und mitwirken müssen.

Der Hauptteil über das selbständige Beweisverfahren wird ergänzt durch einen Teil über das Privatgutachten und seine immens gewachsene und vom BGH anerkannte Funktion, die Prof. Stefan Leupertz einmal als „schlafenden Riesen“ bezeichnet hat.

Schließlich bietet der Teil über das Schiedsgutachten eine dritte Möglichkeit der Beweissicherung, nämlich der gemeinsamen Klärung von technischen Fragestellungen. Entscheidend ist hier die Bindungswirkung für die Vertragspartner, die sich sehr hilfreich auswirken kann, weil sie eine Art „technischen Rechtsfrieden“ zu schaffen vermag.

Das Buch eigne ich Frau Rechtsanwältin Heide Mantscheff, Köln, zu.

Köln, im Dezember 2023

Georg Sturmberg

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Teil 1 Das selbständige Beweisverfahren nach ZPO

A. Grundsätzliches und Gerichtsstandsfragen	1
B. Anwalt und Anwaltszwang im selbständigen Beweisverfahren	3
C. Zulässigkeit des Antrags und weiterer Ablauf	9
D. Die Mittel des Antragsgegners	85
E. Streitverkündungen und ihre praktische Handhabung	96
F. Streitwert, Kosten und Kostentitel	119
G. Hemmung der Verjährung – Voraussetzungen und Umfang	134
H. Gefahr der Präklusion im späteren Hauptsachestreit	145
I. Zession im und nach einem laufenden Verfahren	147
J. Mängelbeseitigung im laufenden Verfahren	148
K. Duldung der Begutachtung durch unbeteiligte Dritte	150
L. Verfahrensdauer	152
M. Prozesskostenhilfe	160
N. Rechtsmittel und -behelfe im Beweisverfahren	161
O. Selbständiges Beweisverfahren trotz Schiedsgerichtsvereinbarung	166
P. Mustertexte für das selbständige Beweisverfahren	168

Teil 2 Die „private“ Beweissicherung

A. Bedeutung des Privatgutachtens im Zivilprozess	177
B. Anforderungen an ein Privatgutachten/Herausgabe des Gutachtens an den Besteller	181
C. Vorlage des Gutachtens oder inhaltliche Übernahme/Privatgutachter als sachverständiger Zeuge	181
D. Fragen zu einer Kostenerstattung	184
E. Haftung des Privatsachverständigen	189

Teil 3 Das Schiedsgutachten als weitere Alternative der außergerichtlichen Beweissicherung

A. Leistungsbestimmung durch Dritten	191
B. Merkmale des Schiedsgutachtenverfahrens	192
C. Keine absolute Bindungswirkung der Schiedsbegutachtung/Offenbare Unrichtigkeit	193
D. Das Verfahren bis zur Vorlage der endgültigen Schiedsbegutachtung	195
E. Sperrwirkung des Schiedsgutachtenverfahrens	203
F. Einvernehmliche Abstandnahme von der Schiedsgutachtenabrede	206

Sachregister	207
--------------------	-----

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII

Teil 1 Das selbständige Beweisverfahren nach ZPO

A. Grundsätzliches und Gerichtsstandsfragen	1
I. Allgemeine Fragestellungen vor Einleitung eines selbständigen Beweisverfahrens	1
II. Gerichtsstandsfragen	2
B. Anwalt und Anwaltszwang im selbständigen Beweisverfahren	3
I. Anwalt und Versicherer	3
II. Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen	4
III. Anwaltszwang in Gesetz und Rechtsprechung	4
IV. Gebührenfragen	8
C. Zulässigkeit des Antrags und weiterer Ablauf	9
I. Keine Doppelanhängigkeit desselben Beweisthemas	9
1. Klage zur Hauptsache vor Beendigung des selbständigen Beweisverfahrens	9
2. Beweisthemata sind Gegenstand einer anderweitigen Mängelrede	10
3. Zessionar macht zu gleichen Tatsachen neues Verfahren	10
4. Hauptsacheklage ist erhoben/Ergänzungsfragen zum Gutachten?	10
II. Zu den gesetzlich zugelassenen Formen der Beweissicherung	11
1. Beweissicherung in Eilfällen oder mit Zustimmung des Gegners	11
a) Mit Zustimmung des Gegners	11
b) Besorgnis des Beweisverlusts	11
c) Erschwerte Benutzung des Beweismittels	12
2. Beweissicherung zwecks Vermeidung eines Rechtsstreites (§ 485 Abs. 2 ZPO) – Zustand/Ursache/Aufwand	12
3. Neue Begutachtung (§ 412 ZPO)	19
4. Keine Rechtsfragen an den (technischen) Sachverständigen	20
5. Selbständiges Beweisverfahren zwischen Wohnungseigentümern	21
III. Entscheidung über den Antrag	21
1. Minimale Substantiierung erforderlich	21
2. Der „normale“ Antrag ohne die Vorlage von Dokumenten Dritter	22
3. Vorlagepflicht von Urkunden oder sonstigen Unterlagen durch den Gegner oder Dritte, §§ 142ff. ZPO	23
4. Vorschussanordnung und -zahlung	24
IV. Der Sachverständige im Verfahren	25
1. Altersgrenze des Sachverständigen/Auswahl und Beauftragung	26
a) Auswahl	27
b) Ernennung	27
2. Ausführung des Beweisbeschlusses durch den Sachverständigen	33
a) Vorprüfung durch den Sachverständigen	34
b) Termin(e) mit den Beteiligten	34
c) Parteiöffentlichkeit/Mögliche Beteiligte eines Ortstermins	35
d) Geheimhaltungsinteressen der Beteiligten	36
e) Die Gutachterstattung	36

f)	Gesetzliche Haftung des gerichtlichen Sachverständigen (§ 839a BGB)	38
g)	Hilfskräfte/weitere Sachverständige	40
3.	Die Ablehnung des Sachverständigen und der Gerichtspersonen	40
a)	Anwendbarkeit der allgemeinen Regeln über die Ablehnung von Gerichtspersonen	41
b)	Voraussetzungen des wirksamen Ablehnungsgesuchs	42
c)	Kostenentscheidung im Ablehnungsverfahren nur im Ausnahmefall	45
d)	Beispielfälle abgelehnter oder bejahter Besorgnis der Befangenheit	46
e)	„Selbstreinigung“ durch den Sachverständigen	53
f)	Spätere Beweiswürdigung nach unzulässiger Ablehnung des Sachverständigen	53
g)	Befangenheitsantrag eines Streithelfers	53
4.	Verwertung des Gutachtens nach erfolgreicher Ablehnung	53
5.	Kosten der Sachverständigentätigkeit/Kostenhaftung/Kosten der Folgenbeseitigung	54
a)	Vorschüsse nach 379 ZPO	54
b)	Kostenhaftung bei Anträgen verschiedener Beteiligten	56
c)	Kostenhaftung bei erfolgreicher Sachverständigenablehnung	57
d)	Kosten einer notwendigen Folgenbeseitigung	57
6.	Die Vergütung des Sachverständigen	57
a)	Zeitaufwand	59
b)	Bestimmung des Stundensatzes	60
c)	Hilfskräfte	61
d)	Kopien aus der Akte/Fotos	62
e)	Herstellung des Gutachtentextes	62
f)	Aufwand für Ortstermin	62
g)	Sonstige Aufwendungen	62
h)	Gutachtenerläuterung	63
i)	Besondere Vergütung (§ 13 JVEG)	63
j)	Vorschussanspruch des Sachverständigen	64
k)	Umsatzsteuer	65
l)	Erlöschen des Anspruchs und Verjährung	65
m)	Versagung/Kürzung eines Vergütungsanspruchs	66
n)	Gerichtliche Festsetzung/Rechtsmittel des Sachverständigen	69
o)	Anhörungsräge	70
p)	Erlas eines Rückforderungsanspruches durch den Justizfiskus	71
q)	Entziehung des Auftrags wegen Untätigkeit des Sachverständigen ..	72
7.	Pflicht zur Öffnung von Bauteilen/Untersuchungsschäden	72
8.	Erstellung einer Sanierungsplanung	75
9.	Das Anhörungs- und Gutachtenergänzungsrecht der Verfahrensbeteiligten	76
a)	Rechte der Beteiligten	77
b)	Frist für die Geltendmachung von Anhörungs- und Gutachtenergänzungsrechten	79
c)	Ausschluss und Grenzen von Gutachtenergänzungs- und Anhörungsrechten	81
d)	Anhörung als Voraussetzung der Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	82
10.	Zeugenvernehmung nach Gutachtenerstattung	82

V. Das Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen im Hauptsacheverfahren (§ 493 ZPO)	83
1. Das Gutachten im „normalen“ Zivilprozess	83
2. Das Gutachten im Urkundsprozess	84
VI. Ausdehnung des Verfahrens auf weitere Antragsgegner	84
D. Die Mittel des Antragsgegners	85
I. Einwendungen im Rahmen des rechtlichen Gehörs zum Antrag	85
II. Gegenanträge mit dem Ziel der verbundenen Beweiserhebung	86
III. Beschränkung des Beweisthemas im Fall der einvernehmlichen Beweissicherung	89
IV. Einwendungen gegen den stattgebenden Beschluss gem. § 490 Abs. 2 Satz 1 ZPO	90
V. Erhebung einer negativen Feststellungsklage	90
VI. Antrag auf Anordnung einer Klagefrist (§ 494a Abs. 1 ZPO)	90
1. Wer kann Antragsteller sein?	91
2. Antragsfrist und -fassung	91
3. Zulässigkeit des Antrages	92
4. Vorbereitung des Beschlusses	94
5. Rechte des Streithelfers im Rahmen von § 494a ZPO	95
E. Streitverkündungen und ihre praktische Handhabung	96
I. Strategien und Entscheidungen der Beteiligten vor Herausgabe einer Streitverkündung	98
1. Der Streitverkünder	98
2. Richtige Auswahl des Streitverkündungsempfängers/Keine Partei des Verfahrens	98
3. Keine Streithilfswirkung zu Lasten des Streitverkünders (=Hauptpartei)	99
4. Der Antragsteller will eine Streitverkündung aussprechen	99
a) Dritte als „zulässige“ Streitverkündungsempfänger	99
5. Der Antragsgegner will eine Streitverkündung aussprechen	103
a) Der (andere) Gesamtschuldner als tauglicher Streitverkündungsempfänger	103
6. Weitere Streitverkündungen durch den Streitverkündungsempfänger ...	103
II. Die Streitverkündung	104
1. Die Streitverkündigungsschrift: Form, Inhalt und Zustellung	104
2. Streitverkündung mit Mangelbeseitigungsverlangen	105
3. Die Übernahme des vollen Verfahrensgegenstandes	106
4. Die inhaltliche Beschränkung der Streitverkündung	106
5. Die Ergänzung der Streitverkündung bei verändertem oder erweiterten Beweisthema	106
6. Zeitliche Grenze für die Streitverkündung	106
7. Außergerichtliche Vereinbarungen mit den Wirkungen einer Streitverkündung	107
8. Keine wechselseitigen Streitverkündungen	107
III. Die Mittel und die Entscheidungen der anderen Beteiligten nach erfolgter Streitverkündung	108
1. Der Streitverkündungsempfänger (der „Dritte“)	108
2. Akteneinsichtsrecht	108
3. Prüfung der Formalien	108
4. Prüfung der Zulässigkeit	108
5. Abwehr einer Streitverkündung	109

6. Entscheidung für den Beitritt	109
a) Beitritt nur auf Seiten einer Hauptpartei nur in diesem Verfahren ...	109
b) Beitritt auf Seiten der Hauptpartei entsprechend der Aufforderung des Streitverkünders	109
c) Beitritt auf Seiten des Gegners	110
d) Wechsel des Beitritts	111
e) Die Beitrittserklärung	112
f) Das rechtliche Interesse am Beitritt	112
g) Keine nachteiligen Wirkungen eines Beitritts für den Streithelfer und seine Rechte	113
h) Beitrittswunsch des Streitverkündungsempfängers aus Kosteninteresse	113
i) Zeitliche Grenze für Beitritt	114
j) Beitritt im selbständigen Beweisverfahren nicht automatisch Verfahrensbeteiligung im Hauptsachestreit	114
7. Entscheidung gegen den Beitritt	114
8. Der Streitverkündungsempfänger will eine weitere Streitverkündung aussprechen (§ 72 Abs. 3 ZPO)	115
9. Der weitere Streitverkündungsempfänger will eine Streitverkündung aussprechen	115
IV. Handlungsbedarf für Streitverkünder im Fall des Beitritts beim Gegner	115
V. Der Gegner des Streitverkünders und seine Entscheidungen	116
1. Streitverkündung/weitere Streitverkündung zulässig?	116
2. Prüfung des eigenen Rechtsverhältnisses zum Streitverkündungsempfänger	116
3. Handlungsbedarf im Falle des Beitritts auf Seiten des Streitverkünders	116
a) Antrag auf Zurückweisung	117
b) Prüfung eines Missbrauchs durch Streitbeitritt	117
4. Handlungsbedarf im Falle des Beitritts an seiner Seite	117
VI. Wirkungen einer Streitverkündung	117
1. Reichweite der Verjährungshemmung aufgrund Streitverkündung	117
2. Nebeninterventionsumfang der Streitverkündung	117
3. Wirksamkeit der Prozesshandlungen bis Zurückweisung des Beitritts ...	118
VII. Rücknahme der Streitverkündung	118
VIII. Entscheidungen im Zwischenstreit durch Beschluss	119
IX. „Rücktritt“ vom Beitritt	119
F. Streitwert, Kosten und Kostentitel	119
I. Bestimmung des Streitwerts	119
1. Zeitpunkt der Wertbestimmung	119
2. Hauptsacheinteresse als Maßstab	120
a) Das so genannte Interesse des Antragstellers an der Beweissicherung	121
b) Mehrere Antragsgegner	122
c) Streitwert der Streithilfe	122
d) Kein entgangener Gewinn als Streitwertbestandteil	123
3. Anfechtung der Streitwertfestsetzung	123
4. Abänderung des Streitwertbeschlusses von Amts wegen	124
II. Außergerichtliche Kosten	124
1. Kosten nach RVG	124
a) Die verschiedenen Gebührentatbestände	124
b) Anwaltswechsel	125

c) Kostenverteilung bei Vergleich	126
d) Erstattungsfähigkeit in einem Hauptsacheverfahren	126
e) Festsetzung der Gebühren	127
2. Kosten eines Privatgutachtens	127
III. Gerichtskosten	127
IV. Die Erlangung von Kostentiteln im Beweisverfahren als Ausnahme/Festsetzung nach Hauptsacheverfahren	128
1. Keine Anwendung des § 91a ZPO/Grundsatz der Kosteneinheit	128
2. Erster Ausnahmefall: § 269 ZPO	129
3. Zweiter Ausnahmefall: § 494a Abs. 2 ZPO	130
4. Dritter Ausnahmefall: § 91 ZPO entsprechend	131
5. Identität des Streitgegenstandes und der Parteirollen	132
6. Kostenverteilung bei Verwendung eines Gutachtens in mehreren Rechtsstreitigkeiten	132
V. Doppelnatur des Kostenerstattungsanspruchs: prozessrechtlich und materiell-rechtlich	133
VI. Kosten des selbständigen Beweisverfahrens bei Vergleich in der Hauptsache	134
G. Hemmung der Verjährung – Voraussetzungen und Umfang	134
I. Verjährungshemmung von Ansprüchen des Antragstellers	135
1. Notwendigkeit der Zustellung	135
2. Heilung von Zustellungsmängeln	135
3. Hemmung der Verjährung aufgrund von Fehlern des Gerichts	136
II. Ansprüche aus Mängelhaftung/Mängelrechteabwehr	136
III. Ansprüche aus Vergütung/Zahlungsansprüche	136
IV. Verjährungshemmung durch Streitverkündung nach der Schuldrechtsmodernisierung	137
V. Verjährungshemmung von Verfahren, die vor dem 1.1.2002 eingeleitet wurden	138
VI. Mehrere Mängel/mehrere Gutachten – Verjährung der Mängelhaftung	138
VII. Keine Verjährungshemmung durch Gegenanträge	140
VIII. Verjährungshemmung durch Verhandlungen	140
IX. Verzicht auf die Erhebung der Einrede der Verjährung	141
X. Verjährungsfragen bei Verbindung der Streitverkündung mit Mangelbeseitigungsverlangen	141
XI. Rechtsmissbrauch einer Verjährungseinrede?	142
XII. Abtretung und Verjährung	142
XIII. Beachtung der Parteirollen	143
XIV. Verfahrensende – Anknüpfungspunkt des Endes der Hemmung	143
H. Gefahr der Präklusion im späteren Hauptsachestreit	145
I. Zession im und nach einem laufenden Verfahren	147
J. Mängelbeseitigung im laufenden Verfahren	148
I. Beweisvereitelung?	148
II. Anpassung des Beweisantrags	149
III. Erledigung der Hauptsache?	149
IV. Antrag gemäß § 494a ZPO nach Mängelbeseitigung?	149
K. Duldung der Begutachtung durch unbeteiligte Dritte	150
L. Verfahrensdauer	152
I. Beginn	152
II. Ende	152

III. Verfahrensbeendigung in Abhängigkeit vom Beweismittel	155
1. Zeugenbeweis und Augenscheineinnahme	155
2. Sachverständigengutachten/Ablehnung des Sachverständigen	155
IV. Verfahrensbeendigung und Streitbeitritt des Dritten	157
V. Insolvenzbedingte Unterbrechung des Verfahrens	157
VI. Aussetzung wegen Vorgreiflichkeit (§ 148 ZPO)	158
VII. Ruhen des Verfahrens	158
VIII. Überlange Verfahrensdauer	159
M. Prozesskostenhilfe	160
N. Rechtsmittel und -behelfe im Beweisverfahren	161
O. Selbständiges Beweisverfahren trotz Schiedsgerichtsvereinbarung	166
P. Mustertexte für das selbständige Beweisverfahren	168
I. Antrag im selbständigen Beweisverfahren an das Gericht der Hauptsache während eines anhängigen Rechtsstreites (§ 485 Abs. 1, Alt. 1 ZPO) – Zeugenvernehmung –	168
II. (Anwalts-)Antrag im selbständigen Beweisverfahren an das Gericht der Hauptsache außerhalb eines anhängigen Rechtsstreites (§ 485 Abs. 2 ZPO) – Sachverständigengutachten zu Bauschäden –	169
III. Gegenantrag im selbständigen Beweisverfahren mit dem Ziel der verbundenen Beweiserhebung	171
IV. Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit (§§ 492, 406 ZPO)	172
V. Antrag auf mündliche Anhörung eines Sachverständigen nach Erstattung des Hauptgutachtens	173
VI. Streitverkündung einer verfahrensbeteiligten Hauptpartei	174
VII. Weitere Streitverkündung (§ 72 Abs. 2 ZPO)	175
Teil 2 Die „private“ Beweissicherung	
A. Bedeutung des Privatgutachtens im Zivilprozess	177
B. Anforderungen an ein Privatgutachten/Herausgabe des Gutachtens an den Besteller	181
C. Vorlage des Gutachtens oder inhaltliche Übernahme/Privatgutachter als sachverständiger Zeuge	181
I. Das Privatgutachten als (urkundlicher) Parteivortrag	181
II. Der Privatgutachter als sachverständiger Zeuge	183
D. Fragen zu einer Kostenerstattung	184
E. Haftung des Privatsachverständigen	189
Teil 3 Das Schiedsgutachten als weitere Alternative der außergerichtlichen Beweissicherung	
A. Leistungsbestimmung durch Dritten	191
B. Merkmale des Schiedsgutachtenverfahrens	192
C. Keine absolute Bindungswirkung der Schiedsbegutachtung/Offenbare Unrichtigkeit	193

D. Das Verfahren bis zur Vorlage der endgültigen Schiedsbegutachtung	195
I. Schiedsgutachtenvertrag	195
1. Individualvertragliche Schiedsgutachtenabrede	195
2. Vereinbarung in AGB	197
3. Grenzen und Folgen der rein bilateralen Vereinbarung	198
4. Sorgfalt in der Formulierung der Aufgabenstellung	199
5. Verweigerung der Mitwirkung durch einen Vertragsteil	199
II. Beteiligung Dritter am Verfahren	200
1. Beteiligung als Vertragspartei	200
2. Indirekte Beteiligung	200
3. Zustimmung eines Versicherers	200
III. Der Bestellungsvertrag mit einem Sachverständigen	200
IV. Haftung des Schiedsgutachters	202
V. Ausschluss des Schiedsgutachters für eine spätere gerichtliche Beweissicherung	203
E. Sperrwirkung des Schiedsgutachtenverfahrens	203
I. Fälligkeitssperre	203
II. Verfahrenssperre für Beweissicherung und (verfrühte) Klage	204
F. Einvernehmliche Abstandnahme von der Schiedsgutachtenabrede	206
Sachregister	207


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG